

Bezugspreis:
Vierteljahr 150.— M., monatlich 50.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: monatlich 50.— M., einjährig 500.— M., einschließlich der Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- u. Elbengebiet, sowie Österreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Bestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Preußen, Rumänien, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Gedanken und Klänge“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 9. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die einseitige Raumzeitgebühr beträgt 10.— M. — Hellmagenta 20.— M. — „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 4.— M. (gültig für zwei gedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. — Einrückgebühren und Eckstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. — Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50% ermäßigt.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Selbstredend von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Der Kampf um die Reparationen.

Paris, 8. Juni. Der Internationale Anleiheauschuss ist heute nachmittags wiederum zu einer Sitzung zusammengetreten.

Mailand, 8. Juni. (EP.) Wie die „Stampa“ aus Paris erfährt, sind die Anleihepläne des Anleihekomitees in Paris von weit größerer Tragweite, als man ursprünglich angenommen habe. Es soll geplant sein, Deutschland nicht nur 4 bis 5 Milliarden zu leihen, sondern ihm einen Kredit von 35 Milliarden auf die Dauer von 30 Jahren zu gewähren. (?) Diese Operation soll Deutschland gestatten, seinen Verpflichtungen in aller Zukunft nachzukommen, wodurch auch die Finanzen der alliierten Staaten ins Gleichgewicht gebracht würden. Die Bankiers, mit Morgan an der Spitze, sollen für dieses Geschäft auf jeden Profit verzichten, da sie nur die Erleichterung des europäischen Wiederaufbaues im Auge hätten.

Unzufriedenheit in Frankreich.

Scharfe Angriffe der Presse.

Zu dem gestrigen Beschluß der Reparationskommission schreibt der „Temps“: Der Anleiheauschuss befindet sich in einer paradoxen Lage. Einberufen hat man ihn zur Vorbereitung einer für die Reparationszahlungen bestimmten Anleihe. Auf eine von ihm gestellte Frage hin trennen sich jedoch drei der Gläubiger von dem vierten, der in die Minderheit gerät. Die drei Gläubiger stellen 40 Prozent der Gesamtschuld dar, das in die Minderheit geratene Frankreich aber 52 Prozent. Vom politischen Standpunkt ist der Internationale Anleiheauschuss nach wie vor der Mandatar einer Mehrheit, denn die Antworten, die er erhalten hat, weisen die Unterchristen dreier von vier Delegierten auf, die in der Reparationskommission Sitz und Stimme haben, vom finan-

ziellen Standpunkt aber arbeitet der Ausschuss nur noch im Auftrag einer Minderheit. Nun sind die Bankiers und Finanzleute keine Politiker. Man versteht also ihre Verlegenheit.

Das „Journal des Debats“ schreibt: Selbst wenn es dem Bankierausschuss gelingt, einen Anleiheplan aufzustellen, ist es eine ausgemachte Sache, daß der Reparationskommission keinerlei Initiative bei der Auslegung dieser Anleihe zusteht. Ferner hat Voincaré gestern im Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß die französische Regierung als Hauptbedingung verlangen werde, daß die Anleihe keinerlei neue Beschränkung der französischen Forderung zur Folge habe. Die zwischen der Reparationskommission und dem Anleiheauschuss eingeleiteten Unterhandlungen scheinen also in eine Sackgasse zu führen. Der Anleiheauschuss wird das zweifelhafte einsehen, und wir würden uns nicht wundern, wenn er seine Mission als beendet betrachtet.

Die „Liberté“ sagt: Man erklärt uns, die Anleihe werde scheitern, während doch die von den Bankiers verlangte Vorbedingung der Fortsetzung ihrer Arbeiten erfüllt ist. Wir befinden uns inmitten einer vollkommenen Verwirrung. Sie wird noch dadurch vermehrt, daß der französische Delegierte in der Reparationskommission dabei bleibt, daß die Frage der deutschen Schuld mit derjenigen der interalliierten Schulden zusammenhängt. Ein ganz großer Fehler, ein ungeheurer Irrtum! Besitzen die Bankiers, selbst wenn sie Amerikaner sind, Vollmachten, uns von unseren Zahlungsverpflichtungen zu befreien? Allerdings sind sie seit gestern vollkommen berechtigt zu der Erklärung, daß der Londoner Zahlungsplan eine viel zu große Last ist, und daß die alliierte Forderung an Deutschland herabgesetzt und auf das Maß sofort flüssig zu machender Handelsschulden zurückgeführt werden muß. Wenn ein Bankierausschuss diese Ansicht ausgesprochen hat, so weiß jedermann, daß die Ansicht zum Gesetz wird, und daß die Forderung der Alliierten an Deutschland selbstständig zu der Ziffer herabsinkt, die von Männern vom Fach für vernünftig und möglich erklärt worden ist.

Die polnische Krise.

Warschau, 8. Juni. (OC.) Die gestrige Sitzung des Senatskonvents hat keine Entspannung gebracht. Im Gegenteil hat es sich herausgestellt, daß nur die Sozialisten, die Piastowzen (Bauernpartei) und die „Wyzwolenie“-Gruppe das Vorgehen Piłsudskis rechtfertigen, während die übrigen Parteien es verurteilen; letztere betrachten die Ausschaltung des Parlaments bei der Demission der Regierung als gegen die konstitutionellen Grundsätze verstoßend. Da Poniowski in Anbetracht seines Rücktritts es abgelehnt hat, Erklärungen abzugeben, ist der Sejm marschall ins Belvedere zum Staatschef zwecks Einholung von Auskünften abgegangen worden. Jedenfalls muß man von einer Erweiterung der Krise sprechen, die Piłsudskis eigene Stellung mit einbegreift. Während die zentralistischen Parteien Piłsudski unterstützen, um eine Regierung zu bilden, welche die bevorstehenden Wahlen in einer ihnen erwünschten Weise vorbereiten würde, nehmen die Rechtsparteien die Herausforderung an und beabsichtigen mit noch nicht dagewesener Schärfe gegen das persönliche Regiment des Staatschefs vorzugehen.

Warschau, 7. Juni. (WB.) „Gazeta Poronna“ sieht als Ursache der Kabinettstrife Piłsudskis Streben nach neuen Kriegsvorbereitungen an und seine Bemühung, die Sejmwahlen zu beeinflussen. Die Demission des Kabinetts ohne Wissen des Sejm sei eine Vergewaltigung der Verfassung.

„Kurjer Warszawski“ schreibt: Die Bildung einer neuen Regierung wird erschwert durch den Streit um die Auslegung der Verfassung. Die einfache Lösung wäre ein Vertrauensvotum des Sejm für die bisherige Regierung.

„Kurjer Polski“ hält die Krise für sehr bedenklich, zumal die Bildung eines stärkeren Kabinetts unwahrscheinlich sei.

„Nacjonalista“ sagt: Die ausschließlich dem Sejm verantwortliche Regierung handelte mit ihrer „Demission widerrechtlich“.

„Kurjer Poranny“ bestreitet, daß die Gründe der Kabinettstrife außenpolitischer Art seien. Die schwache Regierung mußte zurücktreten, als ihr auch der Staatschef Kritik entgegenbrachte.

„Kobalnik“ erklärt: Der Grund der Kabinettstrife war die Unzufriedenheit des Staatschefs mit den vorgelegten Richtlinien des Kabinetts für die innere und die äußere Politik. Eine Demission ohne Anhörung des Sejm bedeutet eine Mißachtung der Rechte desselben.

Prozeßbeginn in Moskau.

Moskau, 8. Juni. (OC.)

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre beginnt heute 1 Uhr mittags im Moskauer Gewerkschaftshaus (dem ehemaligen Adelsklub). Als Verteidiger sind weiterhin zugelassen worden: der polnische Revolutionsführer Feliz Cohn, der gegenwärtig Mitglied des Exekutives der Kommunistischen Internationale ist, ferner Wauters, Wautet und der ehemalige Rechtsanwalt Komadom. Als Zeugen sind 61 Personen geladen. Sinowjew und Groszard haben Anatole France im Namen der Kommunistischen Internationale durch Funkpruch eingeladen, dem Prozeß der Sozialrevolutionäre beizumohnen; die französischen Kommunisten in Moskau haben diese Einladung mitunterzeichnet.

Im Moskauer Sowjet erstattete Radek Bericht über den beginnenden Prozeß der Sozialrevolutionäre und erklärte, welches Urteil das Gericht auch fällen möge, in jedem Falle würde es das Todesurteil für die Partei der Sozialrevolutionäre sein. Von den Sozialrevolutionären ergriff Steinberg das Wort; er verurteilte die Angeklagten zu entlasten und kritisierte die Untersuchungsmethoden und das Anlagematerial der Sowjetregierung. — Die Sowjetpresse veröffentlicht spaltenlange Zusammenstellungen von angeblich auf Arbeiterversammlungen gefaßten Resolutionen, die das Todesurteil für die angeklagten Sozialrevolutionäre fordern.

Krach in den Völkerbundigen.

In Prag beriet seit mehreren Tagen die Generalversammlung der Internationalen Union der Völkerbundigen, die vom Ministerpräsidenten Beneš feierlich begrüßt worden war, worauf Graf Bernstorff den friedlichen Aufbauwillen der deutschen Republik verkündet hatte. Die Versammlung hat sich einstimmig für die schnellste Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen. In der Frage des Minderheitenschutzes kam es jedoch zum Konflikt. Eine Resolution Bernstorff-Lafontaine schlug vor, die Minderheitenfrage international zu regeln. Nach einer öffentlichen Debatte und vertraulichen Besprechungen wurde mit 55 gegen 40 Stimmen beschlossen, die Entscheidung uneingeschränkt und unverändert anzunehmen, das gesamte Material an den Völkerbund weiterzuleiten und die Debatte über das Thema zu schließen. Dagegen protestierten sofort die Tschechen, Polen, Rumänen und Südslawen, weil der Beschluß ihre Staatshoheit angreife und weil die Debatte noch nicht geschlossen gewesen sei als abgestimmt wurde und ohne daß vorher über Änderungsanträge entschieden worden sei. Der den Protest verlesende Senator Dr. Brabek erklärte, nur bei Korrigierung der Abstimmung könnten die genannten Delegationen noch weiter teilnehmen; darauf verließ er den Saal. Präsident Ruffini (Italien) gab zu, daß bei einigen Delegationen, die zugestimmt hatten, ein Mißverständnis vorlag. Er stimmte vollkommen mit der Forderung überein, daß dem Hauptsekretariat der Union der Völkerbundigen das notwendige Beweismaterial zur Korrektur des Berichtes über die Lage der Minderheiten gesandt werde. Ruffini schloß mit den Worten des Dankes an die tschechoslowakische Republik und ihren Präsidenten, worauf er das Präsidium und den Sitzungssaal verließ.

Paul Appel, Frankreich übernahm das Präsidium und teilte mit, daß die neungliedrige Kommission, die vormittags ernannt wurde, um mit den in der Konferenz verlassenden Delegierten zu verhandeln, ihnen vorschlagen soll, den Zwischenfall dadurch beizulegen, daß ihre Proteste dem Konferenzprotokoll einverleibt und dem Präsidenten des Völkerbundesrates übergeben werden. Die Versammlung beschloß hierauf, den Protest Brabek dem Konferenzprotokoll anzufügen. Darauf wurde die Konferenz geschlossen.

Venediger Faschisten stürmten nachts das Marinehospital und entführten die Leiche eines Hafenarbeiters, der kürzlich von der Hafenpolizei wegen Unbotmäßigkeit erschossen worden war. Die Faschisten bahnten die Leiche in ihrem Versammlungsort auf.

Prager Regierungsvorgänge.

Von Rudolf Illow.

Prag, 6. Juni 1922.

Die innerpolitische Lage der Tschechoslowakei stand in der letzten Zeit unter der Nachwirkung der Konkurrenz in Genua und dem Einfluß des soeben beendeten Metallarbeiterstreiks.

Dem deutsch-russischen Vertrag wird in der allerneuesten Zeit der Abschluß eines Handelsvertrages der Tschechoslowakei mit Rußland folgen, der bereits fertiggestellt ist. An diesen Handelsvertrag werden viele Hoffnungen für die Besserung der wirtschaftlichen Lage geknüpft. vorausgesetzt, daß Sowjetrußland ein zahlungsfähiger und zahlungswilliger Abnehmer sein wird. Manche betrachten den Weg nach Rußland als die einzige Rettung aus der jetzigen Wirtschaftskrise, die immer drohender wird und sich nicht nur in zahlreichen Betriebseinstellungen, sondern auch in den fortwährenden Aussperrungen und Streiks äußert. Eine Folge dieser wirtschaftlichen Krise war auch der Metallarbeiterstreik, der volle fünf Wochen dauerte. Die Industrie ist wegen der hohen Warenpreise nicht exportfähig und trachtet die Produktion durch Herabsetzung von Löhnen zu verbilligen. Ursprünglich verlangten die Industriellen eine 25-prozentige Lohnreduktion, später bloß eine 15prozentige, und jetzt kam es zu einer Einigung durch die Annahme einer 8- bis 10prozentigen Lohnkürzung. Die Metallarbeiter haben durch ihren wochenlangen Kampf den niedrigsten Prozentsatz der Lohnreduktion aller bisher streikenden Arbeiter erreicht; ihr Streik endete also mit keiner Niederlage.

Die Lohnherabsetzungen, welche in der Tschechoslowakei jezt an der Tagesordnung sind und gemäß dem Plane gewisser bürgerlicher Finanzpolitiker zu wirtschaftlicher Konsolidierung führen sollen, haben für die von den Industriellen angestrebte Verbilligung der Waren nicht den geringsten praktischen Wert. Einerseits ist die für den Export bestimmte Ware durch den Hochstand der Valuta nicht konkurrenzfähig, andererseits sind hier die Eisenbahntarife viel höher als im Auslande, und auf der Produktion lastet die drückende Kohlenabgabe, deren Beseitigung von den Arbeitern selbst gefordert wird. So sind die Lohnherabsetzungen bloß eine unkluge scharfmacherische Maßnahme, die nur verbitternd und radikalierend wirkt. Die Teuerung nimmt nicht ab, ja sie wächst sogar trotz der Besserung der Valuta, hauptsächlich infolge der Rücksichtnahme auf die Agrarier, welche sich gegen die Einfuhr von Vieh und überhaupt Lebensmitteln wehren.

Die Lohnreduktion in der Metallindustrie war übrigens nur ein Teil des von den Kapitalisten seit langem vorbereiteten Feldzugsplanes gegen die Arbeiterorganisationen. Der Industriellenerverband nimmt einen Industriezweig nach dem anderen her, um die Arbeiter durch Kündigung von Kollektivverträgen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Lohnreduktionen zu streiks zu zwingen, die infolge der jetzigen schlechten Konjunktur niemals günstig für die Arbeiterschaft ausfallen. So erging es bisher außer anderen den Bergarbeitern, den Glasarbeitern und jetzt den Metallarbeitern. Die Industriellen, die keinen Abgang für ihre Waren finden können, betrachten jeden Streik als etwas für sie Willkommenes, wobei sie die Zahlung von Löhnen ersparen und warten ruhig ab. Die Streiks haben so ganz und gar ihren Zweck verloren, und es wäre zu wünschen, daß die Arbeiterschaft nicht immer wieder auf die wohlbedachten Pläne des Industriellenerverbandes hereinfiel, sondern kraft ihres politischen Einflusses die Offensive der Unternehmer auf parlamentarischem Boden abzuwehren trachtete. Die Kommunisten verlangen zwar als einzig wirksames Mittel gegen die herausgeforderten Einzelstreiks einen Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft, der aber durch seinen völligen Zusammenbruch die Lage nur noch verschlimmern würde und eine starke politische und soziale Reaktion zur Folge hätte.

Zwar wurde in Prag am 19. Mai d. J. ein Generalstreik sämtlicher Arbeiter durchgeführt, und über 100 000 Arbeiter bewegten sich als stumme Warnung durch die Hauptstraßen Prags; dies war jedoch bloß ein gewerkschaftlicher Proteststreik und kein allgemeiner sozialer Kampf, wie ihn die Kommunisten fordern. Zum ersten Male nach langer Zeit war an diesem Tage die „proletarische Einheitsfront“ wieder hergestellt, und es demonstrierten zusammen Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentristen, Nationalsozialisten und deutsche Arbeiter. Dieser Prager Eintagsstreik war ein Beweis dafür, daß die proletarische Einheitsfront trotz der Spaltung in verschiedene Parteien wieder geschaffen werden könnte, wenn die Kommunisten von ihrer die gewerkschaftlichen Organisationen verfehlenden Tätigkeit abließen und zu einer halbwegs anständigen Partei würden, mit der man fallweise zusammengehen könnte. Solange sie aber sich hauptsächlich nur der Bekämpfung der Sozialdemokratie widmen, und zwar in einer überaus gehässigen und persönlichen Weise, wird an etwas Derartiges nicht gedacht werden können. Die beiden Extreme: kapitalistische Scharfmacher und Kommunisten arbeiten sich so unbewußt in die Hände; das beginnt den Arbeitern selbst schon einzuleuchten, und insofern sie, der gegenseitigen Kämpfe müde, nicht indifferent zu werden beginnen, kehren sie in das

sozialdemokratische Lager zurück. Die von den Kommunisten abgesplitterten Zentristen haben sich vor kurzer Zeit als unabhängige Sozialdemokratische Partei konstituiert, die jedoch ganz bedeutungslos ist.

Für den Herbst erwartet man den Wiedereintritt einer günstigen Konjunktur. Hierdurch dürfte die jetzige Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei ihr Ende finden und auch die sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse würden dann wesentlich erleichtert werden. Die wirtschaftliche Lage aber und der laute Wunsch der gesamten Bevölkerung, das Leben endlich erträglicher gestaltet zu sehen, zwingt die Politiker aller Schattierungen, sich mehr realen Dingen als abstrakten Phantomen zuzuwenden. Es sind wirtschaftliche und soziale Vorlagen in Vorbereitung, deren Erledigung für die weitesten Schichten der Bevölkerung von großer Bedeutung ist, wie die Abschaffung der erwähnten Kohlen- und Koksabgabe, die neue Regelung der Lehrerbefehle und die endgültige Regelung der Kriegsanleihefrage. Von der letzteren erhofft man die Annäherung an einen nationalen Frieden, da an ihrer Lösung in erster Reihe die Deutschen der Tschechoslowakei interessiert sind. Die Kriegsanleihefrage glücklich zu lösen, ist überaus schwierig, da bei ihr, trotzdem sie eine wirtschaftliche ist, doch politische Momente mitspielen. Die Regierung befaßt sich jetzt eingehend mit ihr und verhandelt mit den Mehrheitsparteien. Auch die Sozialdemokratie widmet dieser Frage ihr Augenmerk vom sozialistischen Standpunkt aus. Sie ist für eine gerechte Lösung, bei der die sozial schwachen Elemente und gemeinnützige Einrichtungen besonders berücksichtigt werden sollen. Die neue Vorlage hierüber wird dem Parlament erst nach Rekonstruktion der Regierung eingebracht werden, zu der es längstens im Herbst kommen wird.

Freiheitsapostel Bäder.

Selten hat das Verhalten eines Berliner Blattes so einhellige Mißbilligung erfahren, wie die frivolen Ignoranten der „Deutschen Tageszeitung“ zum Scheidemann-Attentat. Selbst das sehr weit rechts stehende Organ Stegerwalds, „Der Deutsche“, sieht sich zu folgender Bemerkung veranlaßt:

Man sollte meinen, daß die Organe der Öffentlichkeit endlich lernten, solche Vorfälle ganz unabhängig von der Person des Betroffenen zu betrachten und zu beurteilen. Denn es gibt doch wohl noch etwas wie öffentliche Moral, die nicht nur eine Partei, sondern alle verpflichtet, besonders wenn man mit dem Schilde gläubigen Christentums prunkt. Was soll man aber dazu sagen, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ die Nachricht vom dem Attentat mit der Ueberschrift verleiht: „Der Mord mit der Mistier- sprige“ und die ganze Sache als einen Dummenjungen- und Narrenstreich abtun will? Das Attentat selbst findet die „Deutsche Tageszeitung“ äußerst komisch, die Schüsse Scheidemanns aber beurteilt sie als ein sehr ernstes Ereignis. Wie sich da die moralischen Begriffe verdrängt haben, das ist allerdings sehr bemerkenswert.

Wer glaubt, daß die „Deutsche Tageszeitung“ durch solche Beurteilung selbst in der ihr nahestehenden Presse endlich zur Einsicht gelangt und etwas weniger dreist geworden sei, der irrt sich gründlich. Ihr Chefredakteur Paul Bäder verfolgt die Taktik eines Jungen in den Piegelsjahren, der, wenn er sich in Gesellschaft durch unpassendes Benehmen unangenehm gemacht hat, sein Verhalten durch noch größere Dreistigkeit zu übertrumpfen sucht. Er — ausgerechnet er — der seine schützende Hand über den Mordbuben hält und in der Notwehr gegen Mörder ein Verbrechen sühnt, wirft sich zum Schützer der deutschen Freiheit auf. Man lese und staune: Wir warnen dringend vor weiteren solchen Herausforderungen, wie Herr Scheidemann sie in Kassel beliebt hat. Entweder wird die deutsche Republik die Versprechungen, die sie hinsichtlich der politischen Freiheiten in Deutschland gemacht hat, ehrlich halten oder sie trägt die Breiter zu ihrem eigenen Sarge zusammen. Zum Schutze der politischen Freiheit, insbesondere auch der Pressefreiheit, muß und wird sich in Deutschland schließlich doch alles zusammenfinden, was wirk-

lich freiheitlich denkt. (Die Hervorhebungen durch Fettdruck und Sperrschraffur sind genau dem Originalartikel angepaßt. Red. d. „B.“.)

Der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ als Vorkämpfer für Freiheitsrechte! Es wäre zum Tölpeln, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Denn unter Freiheit versteht Herr Bäder offenbar die Freiheit für die deutsch-nationale Presse, hirnlose Offiziere und Studenten durch Lügen und Verleumdungen aufzuputtschen, daß sie republikanische Minister und Staatsmänner über den Haufen schießen, daneben wahrscheinlich noch die Freiheit für den Landbund, zum offenen Ungehorsam gegen das Umlageverfahren aufzufordern, und sicher noch die Freiheit für sich selber, den anderen den Mund zu verbieten. Denn so oft die Regierung gezwungen war, gegen Ausschreitungen der äußersten Linken vorzugehen, konnte die „Deutsche Tageszeitung“ nie genug wettern, daß viel zu wenig geschehe. Wenn eine kommunistische Gefahr drohte oder auch nur von der „Deutschen Tageszeitung“ erfunden wurde — wir erinnern an ihre falschen Sensationsmeldungen über „Rote Armeen“ —, dann hat man bei Herrn Bäder nie etwas von Begeisterung für Pressefreiheit gefunden. Aber dieser Mann besitzt obendrein noch die Dreistigkeit zu behaupten, daß wir den politischen Mord nur verurteilen, wenn er sich gegen unsere Parteifreunde richte, während er, Herr Bäder, den politischen Mord prinzipiell verurteilt. Nämlich: „Der Mord mit der Mistiersprige...“

„Bestellte Arbeit.“

Die Rechtspresse übertrifft wieder einmal nicht nur im Lügen, sondern auch in der Abgeschmacktheit und Ueberheblichkeit des Lügens sich selbst. Nach der Ermordung Gareis' hat sie bekanntlich behauptet, es sei ein Mord aus „Eifersucht“ gewesen, die Ermordung Erzbergers wurde tagelang zu einem „Raubmord“ frisiert. Für das Scheidemann-Attentat hat man auch schon eine Version gefunden: Der fromme „Reichsbote“ (du sollst nicht falsch Zeugnis oblegen wider deinen Nächsten) hat jetzt herausgefunden, daß der Anschlag auf Scheidemann nach seiner Art und Begleitumständen „den Verdacht bestellter Arbeit“ erwecke.

Wer etwas Derartiges behauptet, sollte schandenhalber wenigstens den Versuch machen, sich Blausäure ins Gesicht spritzen zu lassen. Ob er danach noch von bestellter Arbeit reden oder, besser gesagt, reden können wird, halten wir für sehr zweifelhaft.

Herr Wulke, der vorsichtshalber bisher über das Attentat geschwiegen hat, läßt jetzt wenigstens seinen Hausdichter dazu Stellung nehmen: Das Resultat lautet:

Der Scheidemann

Ward beinah' blau:

Reaktion! — Der „Vorwärts“ weiß es genau!

Wir wissen nur eins ganz genau: daß „niederträchtig“ und „deutsch-national“ immer mehr gleichbedeutende Begriffe werden.

Ein Renommier-Attentäter.

In der bürgerlichen Presse wird die Mitteilung verbreitet, daß der vermeintliche Attentäter auf Scheidemann in der Kasseler Altstadt verhaftet wurde. Weiter wird gesagt, daß es sich nach Verhandlungen um einen Mann handelt, der einer links stehenden Partei angehört.

Da anzunehmen ist, daß eine bestimmte Seite über diese Mitteilung mit Freunden herfallen wird, stellen wir fest, daß tatsächlich in der Kasseler Altstadt ein junger Mann, der sich in betrunkenem Zustande befand und durch allerlei Redensarten über Scheidemann auffiel, am Mittwoch abend in Haft genommen wurde, jedoch wieder entlassen worden ist, nachdem die Harmlosigkeit des Angetrunkenen festgestellt worden war. Die Angabe, daß der vermeintliche Täter verhaftet worden ist und einer links stehenden Partei angehört, wird damit von selbst hinfällig. Soweit bisher bekannt, ist eine Spur des Attentäters bisher noch nicht gefunden.

Pariser Kommunistenprozeß. Vier wegen Spionage für Rußland angeklagte Kommunisten sind in Paris zu Gefängnisstrafen von 3 Jahren bis zu 4 Monaten bzw. zu Geldstrafen von 1000 Frank bis zu 50 Frank verurteilt worden. Sie werden Berufung einlegen.

Einheit, die sie meinen.

Ein Beitrag zur kommunistischen Taktik.

Die A.P.D.-Zentrale hat einen Auszug aus ihrem Rundschreiben Nr. 7 an alle kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre versandt. Unter

4. Unsere gegenwärtige Gewerkschaftstaktik

klagen die Zellenbauer und „Eroberer“ der Gewerkschaften zunächst über „die brutale Gemaltakte der Gewerkschaftsbureaufraute gegen unsere Genossen“. (Siehe Leipziger Bauarbeiterkongreß. Red. des „Borm.“) Die Gewerkschaftsbureaufraute fühlte, daß der schließliche Sieg der Kommunisten in den Gewerkschaften unaufhaltsam sei. Es sei deshalb mehr als kurzfristig, wenn da und dort kommunistische Gewerkschaftler forderten, die kommunistische Gewerkschaftstaktik einer grundlegenden Revision zu unterziehen.

Davon kann gar keine Rede sein. Die Taktik, die vom ersten Weltkongreß der R.G.Z. festgelegt worden ist, hat sich in Deutschland und in der ganzen Internationale aufs Beste bewährt. Wir müssen deshalb allen Versuchen, von unserer Gewerkschaftstaktik abzuweichen, rücksichtslos entgegenzutreten. Das genügt aber nicht, wir müssen durch unser praktisches Wirken in den Gewerkschaften den breiten Massen das Vertrauen zu den Gewerkschaften wieder verschaffen.

Die Genossen, die aufmerksam die letzten Vorgänge in den Gewerkschaften verfolgt haben, werden bemerkt haben, daß wir in Deutschland zurzeit an einem Wendepunkt stehen. Bisher erschien die Position der reformistischen Gewerkschaftsbureaufraute trotz unseres wachsenden Einflusses auf Jahre hinaus gesichert. Heute kann das niemand mehr behaupten, denn die Vorherrschaft der reformistischen Bureaufraute neigt und fällt mit der Fortdauer oder Aufhebung des Bündnisses zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten. Unter dem Druck der Massen haben sich aber die Unabhängigen in letzter Zeit bei mehreren wichtigen Fällen (Metallarbeiterstreik und Staats- und Gemeindefunktionäre in Berlin) genötigt gesehen, mit uns gemeinsam gegen die S.P.D. vorzugehen. Die Aufgabe unserer Genossen im ganzen Reich ist, die Entwicklung nach dieser Richtung mit allen Mitteln zu fördern.

Man habe bei einer bewußten Förderung dieser Entwicklung nicht ein Doha von der grundsätzlichen kommunistischen Einstellung zu opfern, denn im Grunde seien die Massen der U.S.P.D. mit der kommunistischen Gewerkschaftstaktik im Sinne der Roten Gewerkschaftsinternationale absetzt einverstanden. Während die Gewerkschaftsarbeit der auf Amsterdam schwörenden „reformistischen Gewerkschaftsbureaufraute“ durch die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum auf dem Boden und im Rahmen des kapitalistischen Staates gekennzeichnet sei, förderten die Kommunisten eine Gewerkschaftspolitik, die ausschließlich von den Masseninteressen des Proletariats diktiert sei, d. h. von den Interessen, die die Kommunisten als solche des Proletariats nach den Anweisungen aus Moskau ausgeben. Schließlich werden die kommunistischen Funktionäre ersucht, den Arbeitern in den Betrieben den Unterschied zwischen der Amsterdamer Internationale und der Moskauer Internationale klar zu machen und bei den breiten Massen Sympathie für die Rote Internationale zu erzeugen. Diese Arbeit sei mit Ausdauer selbst im kleinsten Betriebe durchzuführen.

Aus dem Rundschreiben ergibt sich für unsere Genossen die Pflicht, den Kommunisten in den Betrieben gehörig entgegenzutreten. Besonders lehrreich ist die Darlegung der gegenwärtigen kommunistischen Gewerkschaftstaktik für die U.S.P.D.-Gewerkschaftler. Sie sehen wohin die Reise gehen soll; sie müssen sich klar darüber werden, ob sie den Gang von Amsterdam nach Moskau machen wollen. Weiter heißt es in dem Rundschreiben:

6. Gewerkschaftskongreß in Leipzig. Soweit wir die Dinge bisher übersehen haben, werden wir auf dem Gewerkschaftskongreß mit einer großen Fraktion antreten. Wir werden zwei Tage vor dem Stattfinden des Kongresses unsere Genossen nach Leipzig zusammenberufen, um ein geschlossenes Vorgehen auf dem Kongreß zu ermöglichen. Soweit es noch nicht geschehen ist, bitten wir, uns umgehend Name, Verus und Adresse des gewählten Delegierten mitzuteilen. Sehr wichtig ist

Staat und Sozialismus.

Von Dr. Walter Israel

Der Marxische Gedanke, daß die Entstehung jeder Ideologie in den Zeitumständen begründet ist, daß sie auf bestimmte Produktionsverhältnisse zurückzuführen sei, bewahrt sich in stärkstem Maße in der Auffassung des Staates.

Die Marxische negative Einstellung zum Staat ist zwar eine durchaus begriffliche Tatsache, aber keine für alle Zeiten feststehende. Sie ist in dem manchesterlichen Einfluß der Zeit begründet, dem sich auch ein Marx nicht entziehen konnte. Da, gerade Marx, der selber von revolutionärem Geiste durchglüht war, mußte stark für die manchesterliche Einstellung zum Staat empfinden, da sie damals gegenüber der Auffassung vom Staate, wie sie durch die Verkörperung des Königs in Preußen herrschte, revolutionär war.

Nachdem in Weimar das deutsche Volk sich selber keine Verfassung gegeben hat, nachdem Deutschland eine Republik geworden ist, konnte die Einstellung der Sozialdemokratie zum neuen Staat nicht mehr die gleiche wie die zum alten Obrigkeitsstaat sein. Der deutsche Staat in der republikanischen Form ist zwar kein sozialistisches Gebilde; er ist aber allein diejenige Staatsverfassung, die der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, den schmalen Pfad zu betreten, der zum Sozialismus führt. Denn der sozialistische Staat ist der demokratisch-republikanische, bei sozialistischer Kultur und Wirtschaft; er ist die Form, in der sich die Gemeinschaft als kulturelle und wirtschaftliche Einheit ihre Gesetze gibt, wie auch über ihre Ausföhrung wacht.

Es ist deshalb das Buch des Genossen Radbruch „Kulturlehre des Sozialismus“ (Verlag J. F. B. Dieck und Vorwärtsbuchhandlung; kart. 15 M.) eine dankenswerte Arbeit. Denn hier wird das klar ausgesprochen, was gefühlsmäßig alle empfinden. Es wird der Unterschied aufgezeigt, der zwischen dem Staatsbegriff der Reaktion, der Liberalen und der Sozialisten besteht. Dort ist der Staat nichts als Macht; die Staaten nicht qualitativ nach ihrer Kultur, sondern nur quantitativ nach der Stärke ihrer Heere verschieden; eine Kultur in eigentlichem Sinne unmöglich. Dann das Manchestertum mit seiner Vertragstheorie, welcher der Staat nur der lose Zusammenhang einzelner ist. Schließlich die sozialistische Idee des Staates. Hier wird der Staat das Gefäß, das sich die Gemeinschaft als Kultureinheit selber formt; das Leben des Einzelnen wird ein Arbeiten für alle, ein Schaffen für sich selbst im Wirken für die Gemeinschaft.

Wir wissen, daß dies eine Idee ist, aber eine in echt platonisch-kantianischem Sinne. Das bedeutet: Der Staat in dieser sozialistischen Form ist die von der Menschheit sich selbst gestellte Aufgabe, nach der es gilt, zielklar zu streben.

Sachliche und Fichte seien uns Führer zur deutschen sozialistischen Einheit!

„Angeln verboten!“

Von Ernst Grau

Sie stand am Ufer des kleinen Tümpels. Jahrelang. In beschaulicher Ruhe. Diente dem Wohle des Staates und war dabei in Ehren grau geworden. Kein Mensch kümmerte sich darum, daß auf ihrem grauen Antlitz in dicken Buchstaben zu lesen stand: Angeln verboten! Zuwiderhandelnde werden bestraft! In dem kleinen Tümpel gab es gar nichts zu angeln.

Einmal geschah es, da wurde die ländliche Ruhe der einsamen Warnungstafel gestört. Ein paar Jungen erlebten ihre Ferienzeit in der nahen Försterei. Tollten umher über Felder und Wiesen und standen bald einmal vor dem kleinen Tümpel. Angeln verboten! Ja, das war doch einmal was! Aber leider! Die vermittelte Tafel versprach mehr als sie halten konnte. Und boshaft, wie Schuljungen einmal sind, gruben sie den hölzernen Polizisten aus, schleppten ihn mit sich fort und stellten ihn schließlich irgendwo am Chauffeegraben auf. Ließen ihn dort stehen. . . .

Stunden später. Der gefährdete Herr Gendarm macht seinen Rundgang. Plötzlich bleibt er stehen, von Amiseifer gepackt, mit drohend gefurchter Stirn.

„He, Sie...“

Im Chauffeegraben unter dem Schilde „Angeln verboten!“ sieht ein Mann und angelt. Beim Anruf des Gendarmen schrikt er zusammen.

„In drei Deibels Namen, was machen Sie denn da?“

„Ich... angelt.“

„Über der Graben ist doch total trocken!“

Der Angler staunt.

„Ach... ich bin kurzfristig, Herr Gendarm. Und weil die Tafel da...“

So kurzfristig ist nämlich niemand, daß er eine preußische Warnungstafel nicht lesen kann. Darf es einfach nicht.

Der Gendarm liest jetzt ebenfalls die Tafel. hm. Er ist sich noch nicht recht klar, was er eigentlich machen soll. Zu angeln gibt es in dem Graben nichts. Aber die Tafel. Die steht doch leibhaftig da. Zuwiderhandelnde werden bestraft! Eigentlich deutlich genug. Auf alle Fälle nimmt er also den Angler fest. Sicher ist sicher.

Dritter Akt: Spritzenhaus.

Lehter Akt: Hochnotprinzipale Gerichtsverhandlung.

„Meine Herren! Als Anwalt des Staates muß ich feststellen, daß hier ungewissheit ein Vergehen gegen § 366 des Strafgesetzbuches vorliegt. Andererseits aber will ich gern berücksichtigen, daß der Angeklagte kurzfristig ist, also nicht sehen konnte, daß der Graben überhaupt keine Angelgelegenheit bietet. Ich will mich daher dem Antrage meines sehr geehrten Herrn Vorredners anschließen und auf Freisprechung des Angeklagten plädieren. Um aber solchen zweifelhaften Fällen in Zukunft wirksam vorzubeugen, habe ich an die Regierung das Ersuchen gerichtet, den Teil des Graben, an dem die Warnungstafel steht, mit Wasser füllen zu lassen...“

Bilder von der Shackleton-Expedition. Der Nachfolger des verstorbenen Shackleton in der Führerschaft seiner letzten Expedition, Frank Wild, erzählt in einem ausführlichen Bericht die Abenteuer des kleinen Forscher Schiffes „The Quest“, das mitten unter dem ewigen Eis und den wüsten Inseln des antarktischen Erdteiles sich mühsam seine Bahn brach und schwere Gefahren glücklich überstand. Wild, ein Veteran der Polarforschung, der seine fünfte Expedition mit Fahrt der „Quest“ glücklich überstanden hat, beginnt seinen neuen Bericht mit der Reise von Veith Harbour in Südgeorgien nach Cooper Bay, die am 15. Januar begann. Längeren Aufenthalt nahm man auf der nördlichsten der Sandwich-Inseln, der Jewodowsky-Insel. Hier entfaltete sich ein reiches Südpolarleben, von dem Wild berichtet:

Tausende von Seevögeln sammelten sich um uns, Tauben, Albatrosse, und alle Arten von Sturmvögeln. Rund um die Küsten der Insel waren zahlreiche Eisberge, und alle waren dicht bedeckt mit King-Pinguinen. Auch das Meer rings um die Insel war lebendig von allem möglichen Gatter, und sie kamen zu Hunderten auf unser Schiff zu, ins Wasser tauchend und aus ihm herauslugend, beständig ihre merkwürdigen Rufe ertönen lassend. Die Pinguine, die in ihrem Aussehen und ihrem Benehmen so wunderbar menschlich wirkten, boten uns eine unendliche Quelle des Vergnügens, und wir konnten ihnen stundenlang zusehen, ohne müde zu werden. Die Insel ist felsig und wüst, überall außer an der Westseite mit Schnee bedeckt. Den Saum der Insel bedeckte eine rötliche Schicht vulkanischen Gesteins. Im allgemeinen ist die Insel unzugänglich und nur an zwei oder drei Stellen kann man bei gutem Wetter landen. An der unteren Küste der Insel waren zahlreiche Königspinguine, während die oberen Teile mit riesigen Schwärmen von Kingpinguinen bedeckt waren, die hier gewaltige Brutstätten besaßen. Als wir die Insel verließen, sahen wir dicht an einem mit Pinguinen bedeckten Eisberg vorbei, der photographiert werden sollte. Um die Tiere in Bewegung zu bringen, feuerten wir drei Schüsse ab, und dies erregte unter ihnen grenzenloses Erstaunen, so daß sie bis zum unteren Rand des Eisberges herabwatschelten und manche von ihnen ins Wasser fielen. Wir mußten über ihre Haltung, die ebenso Ueberraschung wie Enttäuschung ausdrückte, sehr lachen.

Von der Jewodowsky-Insel fuhren wir ostwärts und gelangten unter beständigen Uetungen in ein Gebiet, das voll von Eisbergen der verschiedensten Art, Gestalt und Größe war. Manche waren hoch und breit, grobe Stücke der Eisbarriere, die kürzlich abgebrochen waren und ins Meer schwammen, andere waren wunderbar gestaltet und phantastisch geformt mit hohen Wällen, riesigen Höhlen, in denen das Meer gurgelte und brauste, mit weißen Türmen usw. Es gibt einen bezaubernden Anblick, diese majestätischen Gebilde dahingeleiten zu sehen.

Am 12. Februar in einer südlichen Breite von 69 Grad 18 Min. und 17 Grad 11 Min. Länge waren sie im Packeis festgefahren; die Temperatur fiel plötzlich, und es bestand die Gefahr, daß das Schiff völlig einfrieren würde, wodurch es der Gefahr des Zerschmetterens ausgesetzt war. „Die Dunkelheit brach herein, erwischt; die Stunden suchten wir während der Nacht vorwärts zu kommen, aber es war unmöglich. Nun blieb nur noch der einzige Weg, umzukehren, und zwar mußte der Rückzug mit größter Schnelligkeit vollzogen werden, denn jeder Tag konnte die

es für uns, zu wissen, in welchem Verhältnis unsere Stimmzahl zu den reformistischen Stimmen steht.

Zwei Tage vor dem 11. Gewerkschaftskongress, am 17. und 18. Juni, tagt in Leipzig die zweite gewerkschaftliche Jugendkonferenz des ADGB. Tagesordnung und Delegationsmodus sind bereits in der gewerkschaftlichen Presse veröffentlicht und Euch sicher schon bekannt.

Die (ADGB) Jugendzentrale weist nun darauf hin, daß in allen gewerkschaftlichen Institutionen, wo unsere Genossen vertreten sind, auf alle Fälle dafür einzutreten ist, daß überall Jugendliche zu diesem Kongress delegiert werden, natürlich vornehmlich Mitglieder der kommunistischen Jugend. Es ist noch zu betonen, daß finanzielle Rücksichten, die man oft zum Vorwand nimmt, um keine Delegierten zum Jugendkongress schicken zu müssen, unbedingt zurückzuweisen sind. Mit Unterstützung unserer Genossen in den Gewerkschaftsleitungen, Ortsvereinigungen usw. muß es gelingen, eine Anzahl kommunistischer Jugendgenossen zu der Jugendkonferenz zu delegieren.

Das kommunistische Justizideal.

Die Verteidiger der Sozialrevolutionäre haben auf die kommunistischen Angriffe gegen ihre Tätigkeit eine Erklärung erlassen, in der sie auseinandersetzen, daß sie keineswegs das Attentat auf Lenin, das auch sie für ein Verbrechen erklären, als solches verteidigen, sondern nur die Frage klären helfen wollen, ob die wegen des Attentats Angeklagten die wirklichen Täter sind und daß sie nur insofern das elementare Recht, das ein jeder Angeklagte auf Verteidigung hat, ausüben wollen. Darauf erwidert die „Rote Fahne“:

„Die ganze Argumentation der Banderwölfe und der Rosenfeld beruht auf einer utopischen Unterstellung: daß es nämlich eine Gerechtigkeit an sich, eine Verteidigung an sich, ein unparteiliches Urteil usw. gibt. Die Justiz ist aber keine um der höheren Moral der Menschheit willen geschaffene Einrichtung, sondern genau wie der Staat ein Mittel zur Niederhaltung anderer Klassen durch die herrschende Klasse. Die bürgerliche Justiz dient, seitdem sie nicht mehr revolutionär ist, seitdem sie nicht mehr die Köpfe von Königen abmählt, der Niederhaltung der proletarischen Klasse, und ihre Opfer zu verteidigen ist revolutionär. Die proletarische Justiz dient umgekehrt der Niederhaltung der Bourgeoisie und der Befestigung der proletarischen Revolution. Ihre Opfer zu verteidigen ist daher konterrevolutionär, auch wenn man diese in einen Mantel allgemein menschlicher Prinzipien einhüllt.“

Diese Sätze enthalten eine völlige Verneinung des menschlichen Strebens nach Recht und Gerechtigkeit. Während die Arbeiterklasse bisher in dem Glauben kämpfte, daß sie berufen sei, gegenüber dem kapitalistischen Staat das höhere Ideal der Gerechtigkeit zu verwirklichen, erkennen die Kommunisten dem Proletariat eine beratige Aufgabe nicht zu. Nur die Abschaffung der schlimmsten Unterdrückermechanismen in wünschlicher Form ist ihr Ziel. Sie verneinen, daß eine qualitativ bessere Rechtspflege als die des kapitalistischen Staates überhaupt möglich sei. Eine solche Methode, die heutige Justiz und ihre Auswüchse zu bekämpfen!

Man nehme die profanischen Folgen im vorliegenden Fall: Wenn ein Attentat auf Lenin verübt wird, so darf nach der Lehre der „Roten Fahne“ jeder beliebige politische Gegner deswegen hingerichtet werden, ob er an dem Attentat beteiligt ist oder nicht. Wer verlangt, daß eine Täterschaft oder Mittäterschaft des Verurteilten nachgewiesen werde, ist ein Konterrevolutionär! Ausdrücklich wird der Justiz verboten, sich an irgendwelche Rechtsgrundzüge zu halten, sie hat allein, als Mittel der Gewalt, die Forderungen der Gesamtheit zu vollstrecken. Das ist die Verneinung jeder Rechtspflege überhaupt, denn eine solche Rechtspflege ist ein bloßer Schein. Bessere Argumente kann man den Verteidigern der heutigen Klassenjustiz kaum in die Hände spielen.

Internationale Solidarität für die Blinbau-Opfer. Das Bureau des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes stellte in seiner gestern in Amsterdam abgehaltenen Versammlung zugunsten der Opfer des Unglücks von Blinbau zehn Millionen Kronen zur Verfügung, die den Arbeitern bzw. ihren Angehörigen durch die Vermittlung der österreichischen Gewerkschaften überwiesen werden sollen.

Dieses Eis vergrößert sich. Wir wandten uns nordwärts und fanden eine Woche später glücklich in verhältnismäßig offenes Wasser. Nun machten wir einen zweiten Versuch, nach Süden vorzudringen, aber die späte Jahreszeit, der Mangel an Licht und die Knappheit unserer Kohlenvorräte ließen diesen Versuch unmöglich erscheinen. Hunderte von Kilometern ging es nun hier durch Packeis, und stets befanden wir uns in der Furcht, einzufrieren. Schließlich lagen wir wieder fest, und während sich meine Gefährten durch Jagdhasen, Wägen und Mut machten, kletterte ich jeden Tag in den Ausguck, um nach dem Aufstehen von offenem Wasser auszuliegen. Da am 21. März plötzlich sah ich einen schmalen Wasserstreifen, der eine Hoffnung auf Entkommen bot. Ich befohl Polkamps zu gehen, und wir gelangten in den engen Streifen, als sich ein riesiges Eisfeld in unsere schmale Wasserbahn schob. Nach vielen Stunden verzweifelter Anstrengung gelang es uns schließlich, an dem Eisfeld vorbeizukommen, und nun dampften wir mit möglicher Schnelligkeit nordwärts, froh, der Umklammerung des Eises entronnen zu sein.

Der Bund der Künste im rheinisch-westfälischen Industriegebiet veranstaltet vom 10. bis 19. Juni 1922 in Bochum, Dortmund, Hagen und Bitten seine erste Jugendkunstwoche auf breiter Basis. Jede der vier Städte tritt mit eigenen musikalisch-literarischen Veranstaltungen (Kirchen-, Sinfonie-, Chor- und Jugendkonzerten, Führungen durch Museen und Gemäldegalerien, Klavierkonzerten, Waldfeiern unter Mitwirkung von bekannten Märchenerzählern, Lautensängern und Märchenpielern) an die Öffentlichkeit und will die von Ort zu Ort wandernde Jugend des Industriegebietes innerhalb dieser 10 Tage unter den besten Eindrücken einer der meisten neuen ethnischen künstlerischen Gemeinschaften zusammenschließen. Von besonderer wegweisender Bedeutung wird diesmal die Gründung der Bochumer musikalischen Volkshochschule und der städtischen Singschule (die erste preussische außerhalb Berlins) werden. Vertreter des preussischen Kultusministeriums werden der Gründung der Tagung in Bochum beimohnen.

Die Thoma-Ausstellung in der Nationalgalerie bleibt bis Ende Juni dem Besuch geöffnet.

Rückgang der Sowjetpresse. Bis zum 1. Februar d. A. hatten die in Ausland erscheinenden Zeitungen die für die gegenwärtigen Verhältnisse immerhin beträchtliche Zahl von 800 erreicht. Im Laufe des April verminderte sich diese Anzahl aber wesentlich, so daß am 1. Mai im ganzen nur noch 230 Zeitungen erschienen.

Entdeckung eines unbekannten Fossil. Die wissenschaftlichen Zetter des Museums in La Plata (Argentinien) teilen mit, daß in Nordpatagonien ein Fossil entdeckt worden ist, das der Wissenschaft bisher völlig unbekannt geblieben ist. Es handelte sich um einen Hund von großer wissenschaftlicher Tragweite, nämlich um das vollkommen erhaltene Skelett eines ungetriebenen Krokodils.

Schiffverbindung New-York-Petersburg. Die Baltic-Star-Linie plant eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen New-York und Petersburg, sofern die Seeverkehrsregeln die vorläufigen Bedingungen demüht. Die letzte Entscheidung liegt jedoch noch aus; unter anderem ist noch nicht bestimmt, ob die Verbindung direkt sein oder über einen englischen Hafen führen soll. Die geplante Linie soll sowohl für Personen- wie für Güterverkehr eingerichtet werden.

Das braunschweigische Landtagspräsidium.

Braunschweig, 8. Juni. (W.B.) In der heute nachmittag stattgefundenen Sitzung der Landesversammlung wurde die Wahl des Präsidiums vollzogen. Zum Präsidenten wurde mit 32 Stimmen gewählt der Abg. Genzen (U.S.P.), zum 1. Vizepräsidenten der Abg. Wessel (D.B.), zum 2. Vizepräsidenten der Abg. Scheiz (S.P.D.) und zum 3. Vizepräsidenten der Abg. Dr. Müller (Bürg.-Arbeitsgemeinschaft). Dann wurden die Beschlüsse über die Belehrbefolgung nach längerer Beratung angenommen.

Die Reichseinnahmen.

In nachfolgendem geben wir die steuerlichen Einnahmen des Reiches im ersten Monat des Finanzjahres April 1922 bis März 1923. Zum besseren Vergleich fügen wir in der zweiten Spalte den Betrag bei, der für das gesamte Rechnungsjahr 1922/23 im Reichshaushalt vorberanschlagt worden ist. Die Steuern, bei denen im April ein Aufkommen überhaupt nicht zu verzeichnen ist, weil sie zu anderen Terminen fällig sind, lassen wir in der nachfolgenden Zusammenfassung aus.

	Einnahme April 1922 in Mark	Voranschlag für das Rechnungsj. 22/23 in Mill. Mark
A. Besitz- und Verkehrssteuern.		
a) Fortdauernde Steuern.		
Einkommensteuer	4 290 831 962	25 000,—
Körperschaftsteuer	241 842 687	3 000,—
Kapitalertragsteuer	152 711 814	1 500,—
Reichssteuer	250 268 399	8 000,—
Verkehrssteuer	7 043 064	20,—
Erbschaftsteuer	61 298 535	700,—
a) Umsatzsteuer nach dem Gesetz vom 28. Juli 1918	11 170 299	700,—
b) Umsatzsteuer nach dem Gesetz vom 24. Dezember 1919:		
a) allgemeine	2 422 048 390	19 000,—
b) erhöhte	99 715 647	1 000,—
Grundvermögenssteuer	68 197 159	550,—
Wechselstempelsteuer	7 462 114	80,—
Stempel von Frachturkunden	9 020 313	100,—
Abgaben von Personen- und Güterverkehr:		
a) Personenverkehr	95 809 746	1 400,—
b) Güterverkehr	238 089 061	4 000,—
Zuwachssteuer	192 894	—
Reichsstempelabgaben von:		
a) Gesellschaftsverträgen	275 947 948	—
b) Wertpapieren	8 631 903	—
c) Gewinnanteilschein- u. Dividenden	2 341 605	—
d) Kauf- und sonstigen Anschaffungs-geschäften	489 505 226	—
e) Lotterielosen und Weiteinfäden:		
a) Lotterielosen bei inländischen Pferderennen	12 680 288	—
b) inländischen Loten anderer Art	2 103 158	—
c) ausländischen Loten	42 708	—
f) Erlaubnisarten f. Kraftfahrzeuge	752 258	—
g) Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten	14 598 492	—
Geldumsätze	291 973	—
Grundstücksübertragungen	192 278	—
h) Versicherungen	21 210 820	—
Summe	8 792 395 822	68 243,15
b) Einmalige Steuern.		
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	125 752 028	—
Außerordentliche Kriegsabgabe 1919	9 765 814	—
Außerordentliche Kriegsabgabe 1918	2 585 572	—
Kriegsabgabe 1916 nebst Zuschlag	749 062	—
Wehrbeitrag	784 934	—
Summe	139 667 178	—

B. Zölle und Verbrauchssteuern.		
a) Zölle	20 161 390	8 000,—
b) Aufgeld	701 934 050	—
Kohlensteuer	905 080 894	22 000,—
Zakalsteuer (Gesetz vom 12. 9. 1919)		
a) Zakalsteuer	533 675 241	—
b) Zakalsteueraufschlag	65 276	8 500,—
c) Zakalsteuervergütung	9 036	—
Biersteuer	27 473 628	1 000,—
Weinsteuer	98 522 440	1 000,—
Schaumweinsteuer	17 831 825	40,—
Mineralwassersteuer	1 888 532	60,—
Aus dem Branntweinmonopol:		
a) Einnahmen aus der Branntwein-verwertung	1 000 000 000	1 745,—
b) Freigeld	27 249 497	—
Eisensäureverbrauchsabgabe	628 923	47,20
Ludersteuer	7 962 468	400,—
Salzsteuer	9 516 977	60,—
Ländwarensteuer	20 062 022	110,—
Leuchtmittelsteuer	1 067 700	60,—
Spielfartensteuer	1 000 502	10,—
Staatliche Gebühr	147 819	1,50
Aus dem Säckstoffmonopol	—	100,—
Summe	8 973 747 721	88 136,70

Sonstige Abgaben.		
Ausfuhrabgaben des Reichsfinanzministeriums	722 750 765	2 300,—
Ausfuhrabgaben des Reichswirtschaftsministeriums	164 564 826	44,15
Summe	887 315 591	2 344,15
Gesamtsumme	13 198 125 512	108 724,—
Reichspost- und Telegraphenverwaltung.		
Darunter: Postgebühren	892 705 778	12 267,—
Telegraphengebühren	186 053 078	1 796,—
Fernspreckgebühren	268 910 588	5 521,—
Schuldverkehr	14 078 118	530,—
Summe	1 561 647 562	20 514,27
Verwaltung der Deutschen Reichsbahn.		
Personen- und Gepäckverkehr	1 210 090 000	11 600,—
Güterverkehr	7 688 231 000	87 103,99
Sonstige Betriebsmaßnahmen	148 020 000	2 173,62
Zusammen	8 997 291 000	100 883,61

Der Stand der schwebenden Schuld wird am 31. Mai 1922 mit 290 804 also nahezu 300 Milliarden Mark ausgewiesen.

Der Reichstädtbund der kleineren und Mittelstädte wählte auf seiner Dognhäuser Tagung, auf der Bürgermeister Gen. Stall-Lauenburg Vorsitzführer der Sozialdemokraten war, noch die Gen. Jung-Sommerfeld, Thielicke, Eisenberg und Schirmer-Birna (U.S.P.) in den Vorstand. Das reaktionäre Verhalten der bürgerlichen Kongressmehrheit in Reben und Abstimmungen sollte die sozialistischen Gemeindefractionen überall veranlassen, vom Delegationsrecht Gebrauch zu machen.

Der Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nord-schleswig und Dänemark entstandenen Fragen, ist in Kraft getreten.

Oberländer Republikaner.

Die „Münchener Post“ schreibt unter der Ueberschrift „Zum Schutz des Reichspräsidenten“, die Bemerkung des Abgeordneten Auer in der Etatsrede, die Münchener Sozialdemokratie werde den Reichspräsidenten bei seinem Besuch in München gegen national-litische Flegelien schützen, wenn die bayerische Regierung dazu zu schwach sei, habe in ganz Bayern lebhaften Widerhall gefunden. Namentlich aus dem Oberland seien der „Münchener Post“ zahlreiche Zuschriften zugegangen, in denen Oberländer erklärten, daß sie auf Anruf jederzeit bereit seien zum Schutze des obersten Repräsentanten der deutschen Republik sofort herbeizueilen.

Gilt § 257 StGB. in Bayern?

Der Student Hans Ulrich Klitsch hat am 17. Mai auf der Münchener Polizei zugestanden, daß er die schwarzrotgoldene Reichsflagge am Münchener Zentralbahnhof hat herunter-reißen helfen. Klitsch war, wie wir der „Münchener Post“ entnehmen, der Polizei kein Unbekannter. Dieser 1902 in Lützenau (Markt Brandenburg) geborene Herr — warum entrißte sich die Münchener Rechtspresse diesmal nicht über landsfremde Elemente? — war ursprünglich Leutnant i. S. gewesen, hatte dann unter Poehner in München liebevolle Aufnahme gefunden und stand im Verdacht, die Erzberger-Mörder begünstigt zu haben. Trotzdem ließ die Münchener Polizei Klitsch, nachdem er sich als Täter bezeichnet hatte, wieder laufen.

Zwei Tage später, am 19. Mai, erschien Klitsch wieder, und zwar freiwillig, bei der Polizeidirektion und widerrief seine Angaben. Und als man ihn fragte, wie er dazu komme, erklärte er mit seltener Unerschrockenheit, er habe seine ersten Angaben nur gemacht, um die Feststellung der ihm unbekanntem Täter zu erschweren. Seine Anwesenheit am Bahnhofplatz gab er jedoch auch diesmal zu.

Welcher merkwürdige Zufall Klitsch zu nächstlicher Stunde auf dem Bahnhofplatz geführt hatte, darüber machte sich die Polizei kein weiteres Kopfzerbrechen. Sie ließ Klitsch wiederum unbehelligt laufen. Dabei hätte sie doch wenigstens wissen müssen, daß es einen § 257 StGB. gibt, der lautet:

„Wer nach Begehung eines Verbrechens oder Vergehens dem Täter oder Teilnehmer willkürlich Beistand leistet, um den Verfolgung zu erschweren oder um ihm die Vorteile des Verbrechens oder Vergehens zu sichern, ist wegen Begünstigung mit Gefängnis bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre zu bestrafen.“

Nach seinem zweiten Geständnis hat sich Klitsch unbedingt der Begünstigung schuldig gemacht, denn zur Strafbarkeit gemäß § 257 ist keineswegs erforderlich, daß der Begünstigte den oder die Begünstigten persönlich kennt. Aber es scheint zu den bayerischen Referatsrechten zu gehören, daß diejenigen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs in Bayern jeweils keine Anwendung finden, die irgendwelchen reaktionären Tätern gefährlich werden könnten.

Mit welchem Recht?

Uniformvorschriften und Pensionzahlung.

Das in Vorbereitung befindliche Reichsgesetz über das Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere hat der „Münchener Augsburger Zeitung“ zu einem kleinen Wutanfall verholfen. Klagen ruft sie aus:

„Bekanntlich stand die alte bayerische Armee unter dem Oberbefehl Sr. Majestät des Königs von Bayern. Mit welchem Recht das republikanische Kabinett Würth den Angehörigen jener Armee Bekleidungs-vorschriften machen will, ist uns unerfindlich.“

Ausnahmsweise können wir uns einmal mit dem reaktionären Blatt einverstanden erklären, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß der Gedanke konsequent zu Ende geführt wird. Wenn die ehemaligen Offiziere der bayerischen Armee noch immer „Sr. Majestät“ dem König von Bayern unterstehen, so ist es auch nur recht und billig, daß sie sich von diesem ihre Pensionen zahlen lassen. Denn — um im Einklang mit der „M. A. Ztg.“ zu reden — mit welchem Recht das republikanische Kabinett Würth den Angehörigen einer Armee des bayerischen Königs Pensionen zahlen soll, ist uns unerfindlich!

Wirtschaft

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Die günstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage in Deutschland hat bis Ende Mai angehalten. In verschiedenen Gewerben, vor allem im Bauwesen, in der Metall- und Eisenindustrie und im Bergbau, besteht fühlbarer Mangel an gelerntem Arbeitskräften. Nach den Meldungen von 370 deutschen Städten (über 10 000 Einwohner) betrug die Gesamtzahl der unterstützten Pöll-erwerbssachen am 27. Mai d. J. 22 027 gegen 24 698 in der vorangegangenen Woche. Für einige Großstädte ergeben sich folgende Arbeitslosenziffern:

	7. Januar	27. Mai
Mitna	934	210
Breslau	4480	2439
Dresden	4011	663
Hamburg	6499	2534
Kiel	2916	654
Königsberg	4413	394
Leipzig	2793	493
München	2253	886
Wien	1494	71

In Groß-Berlin wurden Ende Mai nur noch 8442 Arbeitslose gezählt gegen 83 471 bei Beginn des laufenden Jahres.

Die vorstehenden Zahlen täuschen in ziemlichem Umfange. Sie zeigen nur die untersten Kellermerkel. Sie sind aber auch heute nur ein Teil der Arbeitslosen. Man darf jene nicht vergessen, die von ihren Angehörigen unterstützt werden müssen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen keinen Anspruch auf Erwerbslosenerwerb haben, und es darf nicht vergessen werden, daß heute oft genug hinzugenommene altzu geringe Bezahlung nichts anderes ist als eine verdeckte Arbeitslosigkeit. Dennoch muß gesagt werden, daß die Lage des deutschen Arbeitsmarktes nach wie vor günstig ist, obwohl sich schon die Zeichen eines Umschlages mehreren.

Die Butterpreise. Die heutigen amtlichen Notierungen für Butter lauten nach dem Originalbericht der Gebr. Gause, also im Großhandel per Pfund inklusive Fahr frei Berlin für erste Qualität auf 63 Mark, für die zweite Qualität auf 59—55 M. Die Margarinepreise bröckeln ab. Berliner Braten-schmalz wurde mit 45,50 M. per Pfund gehandelt, der amerikanische Rüdenped kostete 42—39 M.

Vorkaufs keine Steigerung der Stahlpreise. In der gestrigen Versammlung des Deutschen Stahlbundes in Düsseldorf, in der eine gemeinsame Besprechung der Marktlage zwischen Vertretern von Verbrauchern, Händlern und Erzeugern stattfand, wurde beschlossen, die bisherige Preisgrundlage bis auf weiteres beizubehalten.

Gegen den Lebensmittelwucher!

Die Stadtverordneten über die Getreide-, Kartoffel- und Zukerverwertung.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine große Debatte über die fortschreitende Verteuerung wichtiger Lebensmittel. Drei Anträge, die den Magistrat zu Schritten bei der Reichsregierung aufforderten, standen zur Erörterung...

Die Dringlichkeitsvorlage vom 1. Juni, worin der Magistrat abermals die Erhöhung des Straßenbahnarfs von 3 auf 4 M. beantragt, gab die Stadtverordnetenversammlung trotz Widerstands des Stadtbaurats Adler dem Magistrat zurück...

Schiedspruch und den Mantelarif.

Der Magistrat hat dem Schiedspruch, der die Löhne der städtischen Arbeiter und die Bezüge der nichtständigen Angestellten für Mai erhöht, zugestimmt. Die gesamte Linke trat, wenn auch die Unzulänglichkeit dieser Lohnregelung scharf betont und von dem kommunistischen Redner noch besonders auf die im Mantelarif enthaltenen Verschlechterungen hingewiesen wurde...

Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte.

Die Angelegenheit reicht bis April 1921 zurück, wo der Oberbürgermeister den kommunistischen Stadtrat Stolt des Dezernats des Städtischen Amtes entthront und zum Dezernenten der Kriegsbeschädigtenfürsorge ernannte. Nach den Oktoberwahlen wurde Stolt auch von diesem Posten entfernt. Am 8. Dezember 1921 haben die unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten den Dringlichkeitsantrag gestellt, der die Wiederernennung Stolts in sein Amt forderte...

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

„Diese Frage werde ich Ihnen sogleich zu Ihrer vollsten Zufriedenheit beantworten,“ sagte der Präsekt, verbindlich lächelnd. „Die Brieftasche des Vermögten ist nämlich verschwunden. Sie hat sich, trotzdem wir die Kleider und den ganzen Garderoberraum gründlich durchsucht haben, nicht finden lassen. Sie ist und bleibt verschwunden, während die leberne Handtasche, die wir ebenfalls geöffnet haben und in der der Schauspieler Krawattennadel, Uhr und Kette aufbewahrt hat, merkwürdigerweise unverfehrt geblieben ist, da der Täter jedenfalls das Sicherheitschloß der Tasche nicht zu öffnen vermocht hat und andererseits zu schlau gewesen sein mag, die Tasche mitzunehmen, die ihn allzu leicht verraten hätte. Vielleicht ist auch die Zeit, die ihm geblieben, zu kurz gewesen. Die Brieftasche, die der Künstler offenbar in der Rocktasche hat stecken lassen, ist des Räubers Beute geworden, die natürlich bedeutend größer sein mag, als zur Stunde angenommen werden kann. Herr Juschjewitsch, Sie haben den Ankleideraum, nachdem wir ihn verlassen haben, hoffentlich ordnungsgemäß verschlossen und versiegelt?“

Ordnungsruf. Schließlich wurde der Ausschufantrag mit Stimmengleichheit — 92 gegen 92 — abgelehnt, indem auch hier das Zentrum mit der Linken stimmte; der Antrag Weigl-Bäbel wurde abgelehnt, die neue Satzung angenommen. — Um 8 Uhr abends wandte sich die Versammlung dann mit den von unseren Genossen am 18. Mai eingebrachten Anträgen auf

Beibehaltung des Umlageverfahrens für Brotgetreide, auf Abschluß von Lieferungsverträgen für Kartoffeln, Konzeptionierung und scharfe Kontrolle des Kartoffelhandels und auf Wiederführung der öffentlichen Bewirtschaftung für Zucker

zu. Einen ähnlichen, aber allgemeiner gefaßten Antrag haben die Demokraten am 30. Mai vorgelegt. Von den Deutschnationalen ist beantragt, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, dafür die städtischen Güter so zu bewirtschaften, daß sie eine Kartoffelreserve von 500 000 Zentner liefern können; außerdem wird empfohlen, im Wege der Verhandlung mit landwirtschaftlichen Organisationen eine Getreidereserve zu schaffen und daneben für Getreide, Kartoffeln, Zucker usw. ein Ausfuhrverbot zu erlassen sowie auf scharfste gegen den „wildem“ Handel mit Lebensmitteln einzuschreiten. Genosse Seipke (Soz.) begründete den Antrag Heimann in ausführlicher, mit einer Fülle von Material gestützter Darstellung der zeitigen bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Ernährungs- und Teuerungsschwierigkeiten; er stellte die rücksichtslose Preispolitik der Erzeuger und des wucherischen Zwischenhandels ins rechte Licht, zeigte, wie die Agrarier auch gegen die Regierung in scharfer Kampfstellung getreten seien, und gab zur Ermöglichung, ob nicht auch hier einmal der Staatsanwalt einschreiten und die Agrarier dahin weisen sollte, wohin sie gehören. Richaellis (Dem.) hatte gegen den Antrag der Soz. erhebliche Bedenken, und empfahl schließlich, gemäß seinem Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung Schritte zu tun, damit die großstädtische Bevölkerung rechtzeitig, ausreichend und zu erträglichen Preisen versorgt wird. Für den Antrag der Deutschnationalen setzte sich van der Borcht ein, der auch bei dieser Gelegenheit sich als besonderer Gönner seiner agrarischen Partei und Bestimmungsgenossen aufzutun zu müssen glaubte. — Stadtrat Dr. Richter verteidigte die von ihm im Ernährungsministerium eingenommene Stellung gegen eine Kartoffelumlage, die er für undurchführbar hält, sprach sich aber für eine Getreideumlage aus. Das Verlangen der scharfsten Kontrolle des „wildem“ Handels sei schon erfüllt.

Ob man für Zucker die Zwangswirtschaft oder die volle Einfuhrfreiheit statuieren solle, sei zweifelhaft. Dr. Rosenberga (Kom.) illustrierte an Beispielen des Geborenen der Schieber und Wucherer, die im Verein mit den Produzenten und dem Händlerium eine wahre Dreieck der Preistreiberie und damit die totale Auspowierung der Arbeiterschaft und des Mittelstandes „geschafft“ hätten. — Dr. Leidig (D. Sp.) fand, daß es eitel Kraftverschwendung bedeute, wenn nach der Regierung, nach dem Reichstag, Landtag und Reichswirtschaftsrat nun auch noch die Stadtverordnetenversammlung ein Ernährungsprogramm aufstellen wolle; was von Staats wegen geschehen könne, sei geschehen. Annehmbar sei höchstens der Antrag der Demokraten.

Sprach der Unabhängige Zimmermann. Wie der Beschluß der Versammlung ausfallen wird, ist noch nicht abzusehen.

Nachdem noch der Unabhängige Zimmermann sowie Redner der Wirtschaftspartei und des Zentrums gesprochen hatten, wurde mit den Stimmen der drei Linksparteien und des Zentrums der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in seinen drei Teilen angenommen.

Wo liegt Birkenwerder?

Ein Kuriosum allerersten Ranges besteht in allerhöchster Nähe Berlins: Will der Fernsprechteilnehmer z. B. von Berlin nach Dramenburg telefonieren, so bedarf es zur Herstellung dieser Verbindung einer Zeit von etwa 1/4—1 Minute, wobei bemerkt werden muß, daß Dramenburg 35 Kilometer von Berlin-Mitte entfernt ist. Auf halbem Wege zwischen Berlin und Dramenburg, etwa 20 Kilometer bis Berlin-Mitte entfernt, liegt das Fernsprechamt Birkenwerder, das rund 300 Anschlüsse bedient. Diese Teilnehmer können nicht direkt von den Teilnehmern der einzelnen Berliner Fernsprechämter erreicht werden oder können sie umgekehrt auch nicht direkt anrufen, sondern es bedarf hierzu einer Voranmeldung auf dem Berliner Fernamt. Die Herstellung der Verbindung dauert je nach Belastung der einzelnen Linien 3 bis 4 Stunden, etwas schneller geht es, wenn sich der Teilnehmer dann zur Anmeldung eines dringenden Gesprächs (dreifache Gebühr) versteht, dann rangiert dieses dringende Gespräch in der Reihe zwischen den Gesprächen nach Löwenberg, Neustrelitz usw. Eine derartige ungleichmäßige Behandlung hat selbstverständlich den schärfsten Protest der Anschlußteilnehmer hervorgerufen, aber alle Bemühungen,

„Umgekehrt,“ antwortete Herr van Hulsst, „ich habe Herrn Reuß, den ich vor zwei Jahren in Ostende kennengelernt habe, aus dem Hotel ins Theater gebracht, nachdem wir vorher zusammen Tee getrunken haben.“

„Das war heute nachmittags?“

„Zwischen fünf und sechs Uhr... Bei dieser Gelegenheit machte mir Reuß von einem Briefe Mitteilung, den er knapp vorher erhalten hatte.“

„Von was für einem Brief denn...?“ fragte der Präsekt interessiert.

„Ich habe den Brief leider weder gesehen noch gelesen... fuhr Hulsst mit bebender Stimme fort, „so viel weiß ich jedoch, daß er von einer Dame herrührte, die den Schauspieler um ein Rendezvous gebeten hat.“

„Ach so...“ lächelte der Präsekt.

Herr Reuß hat sich auch bei mir beklagt, daß die Frauen ihn so sehr belästigen... „Das will ich gern glauben! Ein berühmter Schauspieler...“

„Die Dame wollte sich morgen vormittag beim Bühnenportier Antwort holen...“

„Woher wissen Sie das?“ fragte Herr Ludolin.

„Herr Reuß hat es mir mitgeteilt.“

„Sie sind demnach der Meinung, daß ein möglicher Zusammenhang zwischen der Schreiberin des Briefes und dem Anschlag bestehen kann, dem Reuß wahrscheinlich zum Opfer gefallen ist?“

„Das ist allerdings meine Ueberzeugung,“ sagte der Holländer.

direkte Anschlüsse nach Berlin zu erhalten, haben bisher an der ablehnenden Haltung der Postverwaltung scheitern müssen. Ebenso sind auch die Ausdehnungen der Tagquadrate nach Maßgabe der neuen Gemeindegrenzen von Groß-Berlin noch nicht vorgenommen worden, so daß wesentliche Teile des Fernsprechnetzes noch außerhalb des Nachbarortverkehrs liegen.

Vielleicht erklärt die Oberpostdirektion einmah weshalb sie sich zu einer Abänderung dieser methodischen Telephongesprächerschwernis nicht entschließen kann.

Letzter Steuermarkentermin.

Die Säumnigen, die das Vergnügen der Steuermarkenablieferung immer hinausgeschoben haben, werden jetzt zum letztenmal daran erinnert. Wer seine Steuermarken oder die Bescheinigungen über den Lohn- oder Gehaltsabzug für 1921 in der Zeit vom 1. März bis zum 30. April d. J. nicht hat abliefern können, kann diese Ablieferung in der Zeit vom 15. bis 30. Juni nachholen. Die Bezirksämter werden öffentlich bekanntgeben, ob die Abnahme in den städtischen Steuerlisten oder in besonders zu errichtenden Annahmestellen erfolgt und zu welchen Zeiten diese Dienststellen geöffnet sein werden. Es wird darauf hingewiesen, daß zur glatten Abfertigung sowohl die Veranlagung für 1920 als auch das Steuerbuch für 1922 mitzubringen und vorzuzeigen sind. Die zu den Finanzämtern Gesundheits-, Steglitz und Groß-Lichterfelde gehörigen Stadtbezirke und Ortsteile werden durch diese Bekanntmachung nicht betroffen, da dort die Markenabnahme durch die Reichsfinanzämter erfolgt.

Kirche und Irrenhaus.

Bei der Beratung des Etats der städtischen Irrenanstalten, ab es in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses eine lange und heftige Debatte über die Seelsorge in diesen Anstalten. Bekanntlich haben die städtischen Körperschaften im Jahre 1919 die Seelsorge in allen Krankenhäusern den Kirchengemeinschaften überlassen. Die bürgerliche Mehrheit trat nun unter Führung des deutschnationalen Pfarrers Koch für die erneute Uebernahme der Kosten auf die Stadt ein. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion bekämpften diese Auffassung aus grundsätzlichen Bedenken heraus. Sie erklärten ausdrücklich, daß niemand denjenigen Kranken, die selbst eine kirchliche Begegnung und Tröstung wünschten, diese verwehren wolle, daß aber die Allgemeinheit nicht die Kosten für die besonderen Bedürfnisse einzelner Anstaltsinsassen tragen könne. Dies würde auch auf anderen Gebieten zu ganz unabweisbaren Konsequenzen führen. Der moderne Volksstaat, der in der Verfassung die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen habe und die Trennung von Schule und Kirche anstrebe, müsse auch die bisherige Verquickung von Kirche und Irrenhaus, Kirche und Irrenanstalt grundsätzl. ablehnen. — Der Zuschuß wurde von den Deutschnationalen anfangs nur für die evangelische und katholische Seelsorge verlangt. Als dann aber der demokratische Vertreter im Ausschuß mit Ablehnung drohte, schrie man diese Bestimmung und beantragte ganz allgemein 250 000 M. für „Seelsorge“ in den Krankenhäusern und Irrenanstalten (hiervon sollen allein 200 000 M. der evangelischen Kirche zufallen). In dieser Form wurde der Antrag mit 13 bürgerlichen gegen 12 sozialistische Stimmen angenommen und es bleibt nur noch die Hoffnung, daß der Magistrat diesem Beschlusse seine Zustimmung verleiht. Man wird sich aber dieses Beschlusses zu erinnern haben, wenn von den Rechtsparteien wieder einmal über die Finanznot der Stadt Berlin und über die Vergeudung städtischer Gelder gezeiert wird. Die nicht kirchlich gesinnten Bürger der Stadt Berlin wissen nun, daß mit ihren Steuergrößen auch ausgesprochen kirchliche, ganz einseitig „seelsorgerische“ Bedürfnisse und Zwecke erfüllt werden sollen.

Ein Prinzenfreund.

Phantastische Betrugspläne eines Abenteurers.

Ein lebenslustiger, aber geistig minderwertiger Abenteurer, der in seinen Kreisen als der erklärte „Freund“ der Gattin des durch Selbstmord geendeten Prinzen Joachim galt, macht jetzt wieder aus Anlaß einiger ihm zur Last gelegter Betrugsfälle von sich reden.

Carl Dermut nennt sich zurzeit Gutsbesitzer aus Pforzheim. Seinergzeit war er militärflüchtig geworden, später gründete er eine Flugzeugfabrik und beschäftigte sich mit dem Kauf und Verkauf von Patenten. Kraft seines gewandten Auftretens und der hochtönenden Namen, die er sich beilegte — er nannte sich u. a. Graf von Dermut-Stronau — gelang es ihm mit der Zeit, ohne im Besitz wesentlicher Mittel zu sein, eine Villa in Baden-Baden zu kaufen, ein großes Gut in der Nähe von Rünchen zu erwerben und sich einen kleinen Reichtum zuzulegen. Die Bekanntschaft Dermuts

„Wenn die Dame wirklich kommen sollte — was ich jedoch bezweifle — wird sie unauffällig in einen bereitstehenden Wagen gesetzt und hierher gefahren, wo ich den ganzen Tag über zu finden sein werde! Ich danke schön, Herr van Hulsst; hoffentlich haben Ihre interessanten Angaben uns der Wahrheit um einen entscheidenden Schritt näher gebracht!“

Der Präsekt sah auf seine Taschenuhr. „Donnerwetter — halb drei! Und zeitig morgens heißt es wieder auf dem Posten sein... Ich glaube, daß wir uns jetzt wohl ein paar Stunden der Ruhe gönnen dürfen!“

Die Herren erhoben sich.

„Ob wir sie nur auch finden werden...“ seufzte Direktor Weißwasser. „Pater, besorgen Sie einen Wagen...“ sagte er hinzu. „Ich kann keine drei Schritt mehr tun...“

„Ich hätte Ihnen gern meinen Wagen zur Verfügung gestellt, muß jedoch leider noch einige Zeit hier bleiben, um zu erledigen, was keinen Aufschub duldet. Gute Nacht denn, meine Herren... Guten Morgen, vielmehr... und angenehme Ruhe!“

Als die Herren das Bureau des Polizeipräsidenten verlassen hatten, nahm dieser wieder an seinem Tisch Platz, stellte irgendeine telephonische Verbindung her, empfing hierauf einige Beamte, deren Vortrag er, ohne besonderes Interesse zu bekunden, entgegennahm, verließ endlich die grüne Schirmlampe und begab sich auf den Heimweg.

Vor dem Tor wartete das Automobil, dessen Lichter, da es angefurbelt, dumpf glöckend, bereit stand, in zwei zitternden, hellen Kegeln über die Straße hinliefen. Er drückte sich tief in die Coupecke und überdachte die durch seinen Kopf wirbelnden Ereignisse der letzten Stunden. Er bedeckte die Augen mit der hohlen Hand, fühlte sich recht schaffens müde, war zugleich von der Wichtigkeit des ihm übertragenen Amtes, von der Bedeutung seiner Person durchdrungen, und trotzdem nicht imstande, einen klareren Gedanken zu fassen. Er versuchte zu schlummern, aber die innere Unruhe ließ das nicht zu... Endlich hielt der Wagen. Er öffnete das Gittertor und sah voll Verwunderung, daß im ersten Stock, im Schlafzimmer seiner Frau, noch Licht brannte. Er eilte, trotzdem er so müde war, die Treppe hinauf und öffnete die Zimmertür. „Was fällt dir ein, Adele,“ sagte er. „Weißt du, wie spät es ist?“

„Ich habe dich erwartet...“ antwortete sie einfach. (Fortsetzung folgt.)

Deutschnationaler Hungerterror.

Die „Deutsche Tageszeitung“ leugnet ab und „erklärt“.

Die auch von uns gestern morgen veröffentlichten agrarischen Richtlinien gegen eine neue Getreideumlage, die einen ausführlichen Feldzug gegen die Konsumenten darstellen, haben der „Deutschen Tageszeitung“ fürs erste die Stimme verschlagen. Obwohl sie nur drei Minuten von den Büros der ihr innig befreundeten landwirtschaftlichen Organisation entfernt redigiert wird, ist ihr's bis zum Abend „unmöglich“ gewesen, festzustellen, welche agrarischen Vaterlandsfreunde diese Richtlinien festgelegt und verschickt haben. Vorsichtig wie sie ist, schreibt sie dennoch, daß es sich dabei nur um einen Entwurf handle! Andere reaktionäre Blätter, die mehr auf die Konsumenten Rücksicht zu nehmen gewöhnt sind oder richtiger, gezwungen sind, auch auf die Not ihrer Leser, die großstädtische Verbraucher sind, zu achten, formulieren ihre Auffassung wesentlich eindeutiger. So schreibt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ z. B., daß er die Zweckmäßigkeit der Richtlinien unbedingt verneinen müsse. Die schuldige Reuerenz wird nach der anderen Seite dann auf die Art gemacht, daß man glaubt, davon überzeugt zu sein, daß die Landwirtschaft einem fertigen Reichsgeiz den nötigen Gehorsam nicht versagen werde.

Wie man angesichts jener Richtlinien des Glaubens sein kann, daß die Kreise in der Landwirtschaft, die für sie verantwortlich sind, noch den Willen haben, das Gesetz zu achten, ist uns unerfindlich. Man beachte nur, daß verfügt wird: Es werden den Behörden keinerlei Angaben über die landwirtschaftlichen gemacht; kein organisierter Landwirt wirkt bei irgendwelchen Ernteeinschätzungen mit; ohne Zustimmung der Organisation darf kein Mitglied auch nur ein Pfund Getreide oder Kartoffeln abliefern. Das genügt wohl, um die Tendenz der bewußten Boykottierung jeder Sicherstellung der Ernährung für die minderbemittelte Bevölkerung zu charakterisieren.

Die Richtlinien gehen aber noch viel weiter. Sie verlangen, daß die Landwirte, denen wegen der Richterfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen behördliche Druckkommandos auf den Hof rücken, die Dreschmaschinen durch Entfernung wichtiger Teile unbrauchbar machen sollen. Welcher Unterschied besteht eigentlich zwischen einem Eisenbahner, der während eines Streiks, also während der Zeit, da keine Züge fahren, die Schrauben von Eisenbahnschwellen löst, und dem Landwirt, der seine Dreschmaschine unbrauchbar macht, damit die Volksernährung in Unordnung kommt? Man kann dazu nur sagen, daß es bei dem Eisenbahner eine gefährliche Dummheit ist; bei dem Landwirt wäre es ein Verbrechen, dem in seiner Auswirkung durch Elend und Hunger ganze Bevölkerungskreise zum Opfer fallen müssen. Dabei kommt noch hinzu, daß der Eisenbahner, der glaubt, durch die Zerstörung des Schienenoberbaues Tarifverhandlungen zu fördern, einem Trugschluß unterliegt: er schädigt sich und seine Kameraden. Die Agrarier, die den Richtlinien ihrer Organisation folgen, sie haben dabei noch den Vorteil der wucherischen Bereicherung. Erreichen sie doch mit einer Verhinderung des rechtzeitigen Ausdrufches, daß die Getreidepreise steigen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Gerade die Kreise, die von der „Deutschen Tageszeitung“ vertreten werden, betonen immer wieder, daß bei ihnen allein die echte Vaterlandsliebe wächst, daß nur sie opferbereit seien und daß gerade sie jederzeit Minderbemittelten helfen wollen. Hinter dieser deutschnationalen Parole laufen auch in den Großstädten noch eine Menge Leute her, sogar solche, die nicht einmal durch billige Lebensmittel mit dem flachen Lande Beziehungen haben. Es wäre sehr interessant, in jenen Kreisen eine Umfrage zu veranstalten, inwieweit sie mit den doch sicher hochpatriotischen Richtlinien, die sie zum Hunger und zum Dulden der Brotbewucherung verurteilen, zufrieden sind.

Es ist bekannt, daß in den Großstädten gerade im notleidenden Mittelstand, unter den Rentnern und unter anderen kleinen Leuten die Deutschnationalen in Wahlzeiten intensiv und erfolgreich Stimmen sammeln. Glaubt man jener Kreise so sicher zu sein, daß ihnen alles geboten werden kann? Richtiger ist wohl, daß damit gerechnet wird, daß gerade bei jener Anhängerschaft auch Zeitungen sehr wenig gelesen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ja selbst in Berlin noch nicht einmal 3000 Abonnenten. Sie kann es sich ungeniert leisten, den Hungerterror zu propagieren, weil ihre Auffassung nur aus Land zu jenen Leuten kommt, wo sie sympathisch begrüßt wird, weil sie in der Richtung des eigenen Geschäftsinteresses liegt. Deswegen leistet es sich die „Deutsche Tageszeitung“ gestern abend sogar, die Richtlinien zu verteidigen und darauf hinzuweisen, daß ja die Vorschläge alle nur darauf hinauslaufen, mit Hilfe der landbäuerlichen Organisationen die Beförderung der Bevölkerung von sich aus rechtzeitig und ordnungsmäßig durchzuführen!

Wir können unseren Lesern nur raten, von diesen schandbaren Tatbeständen überall gründlich Gebrauch zu machen. Nichts ist besser geeignet, in den Kreisen der großstädtischen Konsumenten, die heute noch der schwarzweißen Idee nachlaufen, zu zeigen, welche schändlichen Höhen sie anbeten, als die dokumentarische Belegung der rücksichtslosen Ausbeutung der Minderbemittelten durch die Herren des Brotgetreides.

Die neue Getreideumlage.

Der Dema wird geschrieben: Die Reichsregierung hat sich, wie bereits bekannt, bezüglich der Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der neuen Ernte grundsätzlich für die Beibehaltung der Getreideumlage entschieden. Inzwischen ist die Vorlage dem Reichstag zugegangen, so daß jetzt sich bereits überblicken läßt, wie die Neuregelung gestaltet werden soll.

Es muß von der Tatsache ausgegangen werden, daß die inländische Ernte auch im Jahre 1922 nicht ausreichen wird, um unseren Bedarf an Brotgetreide zu decken, und daß es auch mindestens zweifelhaft ist, ob der Mehrbedarf durch Einfuhr im freien Handel sich wird beschaffen lassen. Die Erwartung, daß die Einfuhr der völlig freien Wirtschaft möglich sein werde, war an die Voraussetzung geknüpft, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage sich bessern und insbesondere das Wertverhältnis der Mark zu den ausländischen Geldsorten sich einigermaßen besetzen würde. Durch die gewaltige Verschlechterung der Wirtschaftslage infolge des Marksturzes sind die Preise für das ausländische Getreide um ein Mehrfaches gestiegen und die Preise für das freie Inlandsgetreide sind ihnen weitgehend gefolgt. Die Gefahr liegt nahe, daß ohne Vorkehrung der Regierung höchst bedenkliche Störungen in der Brotverföhrung eintreten, zum mindesten daß die Mehls- und Brotpreise bei völliger Ungebundenheit auf das Niveau des freien

Marktwertes sich erhöhen. Diese Unsicherheit bezüglich der Höhe des Brotpreises trägt ein verwirrendes Moment in alle Wirtschaftsverhältnisse hinein, schon weil der Brotpreis als ein Maßstab für Lohn- und Gehaltsforderungen gilt. Man halte sich nur vor, welche furchtbare Krise hereinbrechen würde, wenn der Preis, der jetzt etwa 14 M. beträgt, nach der Notierung der Börsenpreise für Getreide auf etwa 36 M. für das Weizenbrot und 29 M. für ein dem Markenbrot gleichwertiges Roggenbrot sich stellen müßte. Eine andere Sicherung für eine genügende Verfürgung der Bevölkerung mit Brot zu erträglichen Preisen hat sich nicht ermitteln lassen außer durch eine öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides im Rahmen des Umlageverfahrens. Kann die deutsche Landwirtschaft den ganzen Bedarf von 4 1/2 Millionen Tonnen Getreide nicht aufbringen, so muß der Fehlbetrag etwa in dem diesjährigen Umfang aus dem Auslande beschafft werden. Das kann, da der Reichszuschuß im neuen Wirtschaftsjahr wegfallen muß, nur dann geschehen, wenn die Regierung aus dem Inland genügend große Mengen zu ermäßigten Preisen erhält, um aus den Preisen für das Auslands- und Inlandsgetreide einen Durchschnittspreis bilden zu können.

Die Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen soll also beibehalten und auf die Länder im wesentlichen nach dem bisherigen Maßstab verteilt werden. Bei der Unterverteilung auf die Kommunalkörperschaften und Erzeuger sollen die hervorgeretenen Härten nach Möglichkeit beseitigt werden. So soll den Ländern die Ermächtigung erteilt werden, der Umlage die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche, anstatt nur den mit Getreide bestellten Boden, zugrunde zu legen. Ferner sind bei der Beurteilung der Lieferfähigkeit auch die Bodenverhältnisse zu berücksichtigen.

Die für das Umlagegetreide zu zahlenden Preise werden von der Regierung nach Anhörung eines Ausschusses, in dem Reichsrat und Reichstag, Landwirtschaft und Verbraucher vertreten sein sollen, festgelegt. An Stelle eines Einheitspreises für das ganze Erntejahr tritt für die zweite Hälfte des Jahres eine Nachprüfung, ob die Preise noch angemessen sind, ein. Die unter Umständen erhöhten Preise gelten für die zweite Hälfte der Lieferungen, auch wenn diese bereits vorher erfolgt sind.

Gegenwärtig werden im Reichsernährungsministerium mit den landwirtschaftlichen Organisationen fortgesetzt Verhandlungen über die Getreideumlage geführt. Es handelt sich nach Mitteilung von zuständiger Stelle um den Versuch, einen Weg zu finden, der ohne Umlage den Bedarf an Getreide für das kommende Erntejahr sicherstellt. Bisher besteht nicht die Aussicht, daß ein derartiger Weg gefunden wird, da die Landwirtschaft vorläufig noch nicht daran denkt, die notwendigen Sicherheiten für die freiwillige Ablieferung von Getreide zu geben. Der Gesetzentwurf über die Getreideumlage geht trotz dieser Beratungen im Ernährungsministerium den parlamentarischen Körperschaften zur Besprechung bzw. Erledigung zu.

Wir nehmen vorläufig von einer allgemeinen Stellungnahme zu diesen Verhandlungen Abstand, bis die Beratungen zu Ende geführt sind, weisen aber darauf hin, daß die Sozialdemokratie nach wie vor ihren bekannten Standpunkt aufrecht erhält.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft verbreitet durch die LL, daß er den „Richtlinien“ völlig fern stehe. Ihre Veröffentlichung habe auf die Verhandlungen mit der Regierung „außerordentlich störend“ gewirkt. Der Reichsausschuß erklärt sich leider nicht deutlicher. Wir sind mit ihm aber einer Auffassung darin, daß die „Richtlinien“ außerordentlich beunruhigend gewirkt haben, hoffentlich meint der Reichsausschuß damit ebenso wie wir die weiten Kreise der Verbraucher, die sich um ihre zukünftige Ernährung ängstigen.

Wetter bis Sonnabend mittag. Zunächst noch trocken und heiler, später zunehmende Bewölkung und an vielen Orten Gewitter. Temperatur wenig geändert. Mäßige, zwischen Nordost und Südost schwankende Winde.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
D. Zauberröte
7 Uhr

Schauspielhaus
Lumpazivagabundes
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 Uhr: Potasch u. Perlmutter
8 1/2 Uhr: Potasch und Perlmutter

Kammerspiele
8 1/2 Uhr: Vatermord
Sonntag 8 1/2 Uhr: Vatermord

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Die versunkene Glocke
8 1/2 Uhr: Die versunkene Glocke

Komödienhaus
8 1/2 Uhr: „Gretchen“
Gäßner, Roberts.

Berliner Th.
7 30: Madame Filzi

Komische
7 1/2, Oper 7 1/2
Der Meister vom Montmartre
Offenbachs Liebeslab.

Trianon - Th.
Täglich 8 Uhr

Moral
Burg, Limburg, Junkermann, Schroth

Theater des Ostens
(Rosa-Tiener)
Auf d. Gartenstr. 3 U.
Berl. - W. - S. - S. - S.

SO. 11
Tägl. 8 Uhr
Internationales Varieté
Sonnt. 3.30 zu halb Preis d. volle Prog.

Luna-Park
Heute
Groß-Konzert
des Luna-Orchesters
Musikdirektor Fritz Brase.
Alle Attraktionen im Betrieb
7⁰⁰ Auf dem Turmsell 9⁰⁰
Die tollkühne Familie Binder
Wein-, Bier- und Mokkaorassen

Residenz-Th.
Täglich 8 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Arnold Korff
Adele Sandrock

Casino-Theater
Sänger
Schluß am 12. Juni:
Der Hefte aus Afrika
Vorher: Letzte Rose
Singspiel in 1 Akt
Wiedereröffnung
11. August.

Palast
Potsdamer Str. 19
Ecke Margaretenstr.

Das Lied von der glutrotten Blume
Svenska-Film
Jugendlichen ist der Eintritt gestattet.

7 und 9. Sonntag 3 1/2, 7, 9 Uhr

Stodlaternen
mit Glas u. Licht 1,50 M.
Comptonsbillie Papiermützen von 20 St. an
Dreiecksbrot, Feuerwerks - Seifenmützen 10, 15 bis 100 St. u. höher
Bengalfeuer. A. Mann & Co., Berlin, Marktgrabenstr. 64, an der Lindenstraße
9-6 Uhr. Telefon: Marienplatz 3672.

UP

Spielplan von 8. bis 15. Juni 22
Näheres Anschlagtafel

UFA-PALAST AM ZOO
Dr. Mabuse, der Spieler, II.

TAUENTZIEHN-P. D. Strandluxe

KURFÜRSTEND. Der Mann ohne Namen
10. Mont. III. Teil
ab Dienst. IV. Teil

KAMMER-LICHT
Friedericus Rex I. u. II. Teil

NOLLEND.-PL. 4
Ueber den hohen Bergen

MOZARTSAAAL
Herrin der Welt II. Teil

FRIEDRICHSTH. Dr. Mabuse, der Spieler, I.

ALEXANDERPL.
Die Intrigen der Madame de la Pommeray

WEINBERGSW. Herrn Arnes Schatz

SCHÖNEBERG HAUPTSTR. 43
Der Mann ohne Namen II. Teil.

HASENHEIDE 28
Der Hund der Dolmetscherin

OB

Die Abtreibung der Leibfrucht
von Universitäts-Professorin A. Grotjahn und G. Radbruch
Wichtig für Eheleute, Ärzte und Hebammen
Preis 4,- Mk.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

Gold-Silber
Platin, Brillant, etc.
allerhöchste Tagespreise!
C. Häfeler, Juweller
Frankfurter Allee 276
Nähe Ringbahnhof
Fahrgeld wird vergütet.

VIII

Im Hinblick auf die überlegene Güte ist sie auffallend preiswürdig.

Maffary-Delft, edel wie der Name.

KONINK

